

AKTUELL

PIRATENPARTEI

Pirates: 4 points

Interview : Luc Caregari

Letztes Wochenende fand in einem Erpeldinger Restaurant der erste Parteikongress der Piratenpartei statt. Der alte und neue Präsident Sven Clément sprach mit der woxx über die Zukunftspläne der neuen Bewegung.

woxx: *Wie ist der Kongress abgelaufen?*

Sven Clément: Relativ gut. 22 von 70 eingeschriebenen Mitgliedern waren präsent. Was an sich eine Traumquote ist, im Vergleich mit ähnlichen Veranstaltungen anderer Organisationen. Ich bin auch sehr zufrieden, dass das Ganze ohne Zwischenfälle abgelaufen ist. Ansonsten hatten wir sehr interessante Diskussionen über die Zukunft der Piratenpartei. Im Großen und Ganzen kann man sagen, daß dieser Kongress uns noch einmal zusätzlich beflügelt hat.

Ist Ihre Wiederwahl an die Spitze der Piratenpartei ohne Konkurrenten ab-

gelaufen, oder waren noch weitere Kandidaten da?

Ich finde es schade, dass sich sonst niemand zur Wahl gestellt hat. Wir hatten für jeden Posten im Komitee einen Kandidaten - und nun ist eben das Alte auch das Neue. Es ist bedauerlich dass niemand hier mit einer Gegenkandidatur aufgetreten ist. Aber, was in diesem Jahr nicht geschehen ist, kann ja im nächsten noch werden.

Gibt es bereits verschiedene Strömungen in der Piratenpartei, oder ist es für solche Phänomene noch zu früh?

Wenn ich uns mit unserer deutschen Schwesterpartei vergleiche, stelle ich schon gewisse Ähnlichkeiten in der Struktur fest. Es gibt eine starke Strömung, die sich nur auf die Kernthemen der Piratenbewegung beruft, und eine minoritäre, die das Programm dramatisch erweitern will. Mein momentanes Gefühl ist, dass es

auf eine langsame, stückweise Erweiterung des Programms hinauslaufen wird. Es wird in den kommenden Wochen und Monaten aber weder zu einer einschneidenden Erweiterung noch zu einem kompletten Stillstand kommen.

Was erwartet die Piratenpartei sich vom Wahljahr 2014?

Unsere Hoffnung ist ganz klar, einen Sitz im Parlament zu erobern - das wäre wirklich das Sahnehäubchen. Aber auch wenn wir landesweit zwei Prozent erreichen würden, um in den Genuss der Parteienfinanzierung zu kommen, wäre das gut. Damit wäre unser Wahlkampf finanziert. Denn den machen wir ja nicht einfach nur aus Freude an der Sache; das Geld, das wir für ihn aufwenden, sollte auch an uns zurückgehen. Deshalb ist die Zweiprozenthürde unser primäres Ziel, alles darüber - also ein Sitz im Parlament - wäre natürlich super.

Die Gemeindewahlen im nächsten Jahr finden also ohne die Piraten statt?

Zwei oder drei Mitglieder haben Interesse an einer Kandidatur bekundet. Wir werden das fallweise entscheiden.

Will die Piratenpartei für immer eine Ein-Punkt-Partei bleiben?

Nein. Also erstens ist die Bezeichnung als Ein-Punkt-Partei eine Unterbreitung. Wir haben insgesamt vier Themenkomplexe, um die wir uns kümmern - Datenschutz, Urheberrecht, Transparenz des Staatswesens und Zensur - und die werden immer wieder erweitert. Ich fand es auch schade, uns im Lëtzeburger Land als eine Ein-Punkt-Partei bezeichnet zu finden. Wir sind - im Moment - eine Vier-Punkte-Partei. Aber es ist klar, dass diese vier auf die Dauer nicht ausreichen, so dass wir uns langsam aber sicher weiterentwickeln werden.

Was antworten Sie denjenigen, die behaupten, die Piratenpartei grabe letztendlich nur dem bestehenden links-grün-alternativen, minoritären Spektrum das Wasser ab?

Das ist schwer zu sagen. Denn wir haben nicht nur Mitglieder, die aus einer linken Partei oder Bewegung zu uns kamen. Wir ziehen auch Menschen aus dem liberalen Fahrwasser an. Momentan haben wir zum Beispiel fünf Mitglieder, von denen ich weiß, dass sie zuvor in der DP waren. Daher ist der Vorwurf schwer aufrechtzuerhalten, auch wenn wir ein paar

FRONTALIERS LÉSÉS

Jeu de bascule

Raymond Klein

La réforme des aides étudiantes présente des faiblesses. Mais Juncker s'est habilement servi des faiblesses de l'argumentation de ses détracteurs pour marquer des points.

Un cadeau pour les uns, une insulte pour les autres. Voilà l'impression qui se dégage de la réforme combinée des allocations familiales (« Kannergeld ») et des aides étudiantes, passée dans le cadre des économies budgétaires. Avec un chèque de 6.000 euros par an, non remboursables, plus le remboursement de frais d'inscription et un prêt à taux favorable, les étudiant-e-s luxembourgeois-es devraient se situer parmi les mieux aidés au monde. Pourtant, plusieurs plaintes ont été déposées contre le Luxembourg, dans la mesure où cette réforme est considérée comme discriminatoire pour les enfants étudiant-e-s de frontalier-ère-s,

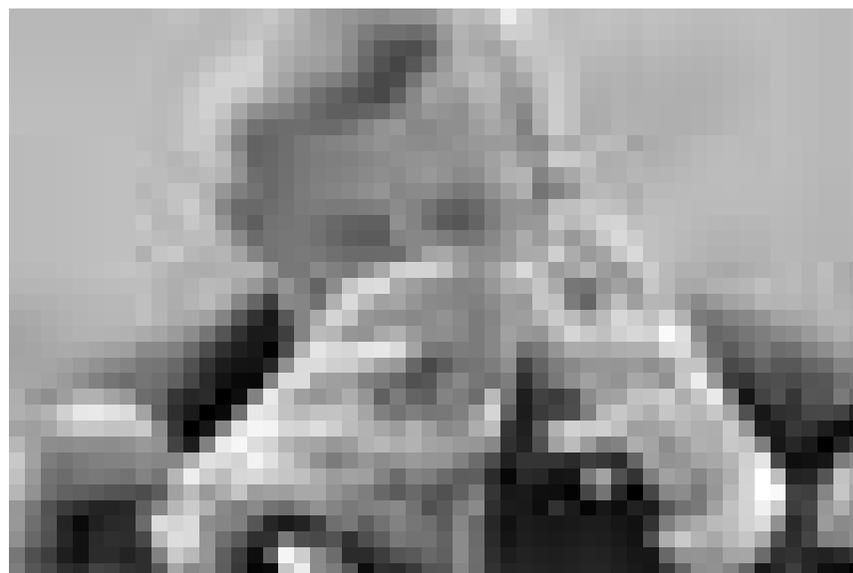
qui n'auront pas droit à cette manne tout en perdant les allocations familiales à partir de 18 ans.

Entre la tripartite du printemps, où le gouvernement avait pris des décisions sans l'accord des partenaires sociaux, et celle d'automne, pour laquelle rien ne laisse présager un aboutissement consensuel, les syndicats ont choisi le sujet des aides étudiantes pour marquer le coup. Ce choix est généreux dans la mesure où le sujet concerne avant tout une frange souvent négligée du salariat luxembourgeois, mais il n'est pas particulièrement habile. Un sujet plus global comme la répartition injuste des augmentations d'impôts, ou plus national comme les mesures touchant à la politique familiale aurait sans doute été plus mobilisateur. Quant aux injustices envers les frontalier-ère-s, l'exclusion des chèques-service est bien plus criante et lourde de menaces.

Jean-Claude Juncker a donc eu beau jeu pour contrer, le lendemain de la manif syndicale du 16, le discours syndical. Faisant son gauchiste, il a rappelé que le « salaire étudiant » était une revendication de longue date des associations d'étudiants de gauche. La mesure gouvernementale représenterait un « changement de paradigme » allant dans ce sens, puisque les bourses seront versées di-

rectement aux étudiants sans considération de la situation financière de leurs parents. Cela aurait été en projet indépendamment des économies budgétaires, car le gouvernement entendait augmenter le nombre de diplômés universitaires pour satisfaire à la stratégie européenne de Lisbonne. Concernant la soi-disante exclusion des frontaliers, Juncker s'est contenté d'affirmer que les systèmes

Tour à tour gauchiste et chauvin, Jean-Claude Juncker, l'homme qui sait parler aux micros.



AKTUELL

ENERGIEPOLITIK

Die Kernkraft muss weg!

Brigitte Lichtfuß

Die Demos in Schengen und in Berlin gegen Atomenergie erfreuten sich einer großen Teilnehmerzahl und übertrafen damit viele Erwartungen.

Das französische Atomkraftwerk Cattenom in Lothringen ist vielen ein Dorn im Auge: seine unmittelbare Nähe zu Luxemburg und Deutschland sowie immer häufiger auftretende Störfälle stellen ein beträchtliches Risiko für die Bevölkerung dar. Um auf diese Bedrohung aufmerksam zu machen, riefen Parteien und Organisationen der Großregion zu einer Demonstration gegen das Kraftwerk auf, die letzten Samstag auf der Schengener Brücke in Perl stattfand.

„In meinen Augen haben 2.000 Menschen teilgenommen. Die Demonstration verlief äußerst friedlich, und es kam zu absolut keinen Zwischenfällen: Es war wie ein Familienfest, das heißt, nicht wie in den 60er und 70er Jahren, als es zu Konfrontationen zwischen der Polizei und den Demonstranten kam“, erklärt Stephanie Nabinger (Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz), Initiatorin und Organisatorin der Demonstration.

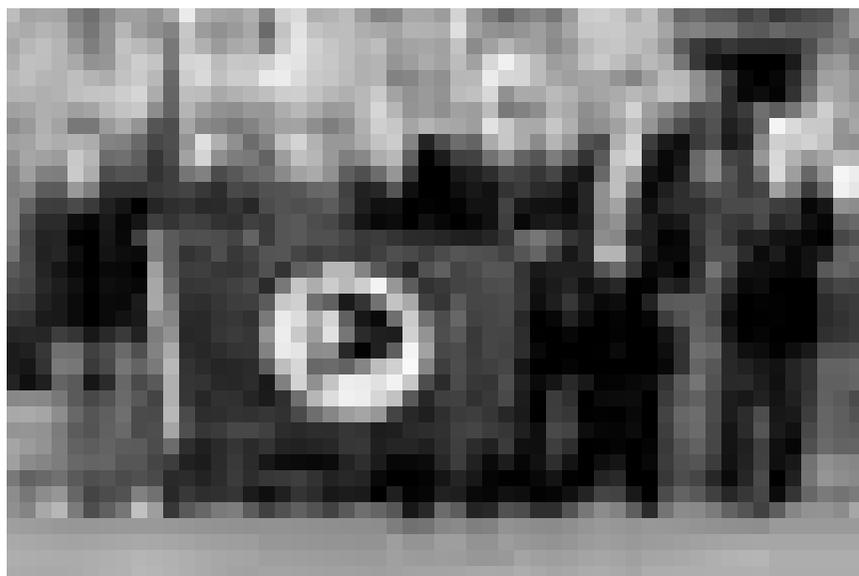
Die Teilnehmer an der Massenkundgebung auf der Schengener Brücke beschränkten sich allerdings nicht auf die Parole „Cattenom, non merci“, sondern verkündeten auch die Grundaussage gegen die Kernenergie, nämlich „Atomkraft, nein danke“. Schließlich sprachen sie sich auch gegen die kürzlich beschlossene Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke in Deutschland aus, gegen die zu gleicher Zeit in Berlin demonstriert wurde.

Dass die eher kurzfristig angesetzte Anti-Atom-Demo in der deutschen Hauptstadt auf den gleichen Tag wie die acht Monate zuvor geplante Protestaktion in Perl fiel, war wirklich Zufall. In den Straßen Berlin waren insgesamt 100.000 Menschen unterwegs, darunter auch einige prominente Politiker von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke. Auch die meisten demonstrationswilligen Rheinland-Pfälzer waren lieber nach Berlin als nach Perl gefahren. „Von Mainz fuhren ein Bus nach Perl und zwei nach Berlin. Nächstes Mal soll sollen es aber zwei Busse nach Perl sein“, sagt Nabinger.

Zufall war auch, dass genau am Wochenende der Demonstration das Kernkraftwerk Cattenom erstmals an den „Journées du patrimoine“ teilnahm, da der Meiler nun zum Industrieerbe der Region zählt. Mit Animationen und Entdeckungsparcours für Kinder und Erwachsene machte Cattenom eine Anstrengung, sich in der französischen Öffentlichkeit in angenehmes Licht zu rücken. Doch auf Anfrage der woxx verweigerten die Verantwortlichen des Kraftwerks jeglichen Kommentar: „Zur Demonstration in Perl geben wir keine Stellungnahme mehr ab.“

Sabine Nabinger freut sich aber über die gute Bilanz der Protestaktion am Samstag: „Es war eine erfolgreiche Auftaktveranstaltung für weitere Demonstrationen, und es werden weitere kommen. Wir hören nicht auf, die Bevölkerung einzuladen, auf die Straße zu gehen und ihre Meinung kundzutun.“ Was die Atompolitik in Deutschland betrifft, fordert sie - genau wie ihre Partei - den sofortigen Rücktritt der aktuellen Bundesregierung. Denn im Falle von Neuwahlen in Deutschland stünden die Chancen für eine rot-grüne Koalition in der nächsten Legislaturperiode doch gut. Nabinger erklärt: „Die Laufzeitverlängerung ist im Interesse der vier großen deutschen Energiekonzerne. Als Grüne sehe ich in der Atomfrage eine Lobbyistenpolitik“.

Der Beschluss der schwarz-gelben Koalition die Laufzeit der Atomkraftwerke zu verlängern stößt auf großen Widerstand in der deutschen Bevölkerung.



Das neue und alte Komitee der Piratenpartei.

Mitglieder von der linken Seite zuangezogen haben, denn eigentlich rekrutieren wir uns aus dem gesamten politischen Spektrum Luxemburgs.

Es geht doch nicht nur um die Mitglieder, sondern um die Wähler, die ihr Kreuz möglicherweise nicht mehr bei einer linken Partei machen?

Widerum eine schwierige Frage, da wir uns nicht in das klassische politische Spektrum einordnen wollen.

de bourses étaient basés sur le lieu de résidence dans tous les pays. Enfin, l'arrêt Meeusen de la Cour de justice européenne, pièce maîtresse des argumentations syndicales, aurait été mal interprété : il n'aurait concerné qu'une condition de résidence pour les étudiants non néerlandais qui aurait été rejetée parce que discriminatoire. « Je n'ai aucun doute que notre nouveau système est conforme au droit européen », a déclaré le premier ministre.

Et de rajouter : « Les frontaliers conservent tous les droits, et en ont parfois un peu plus que les Luxembourgeois. » Or, l'habileté de la présentation de sa version des choses par Jean-Claude Juncker ne peut occulter qu'il opère, au moins autant que les syndicats, sur un terrain glissant. Ainsi le prétendu « projet indépendant » de réforme des aides étudiantes est bizarrement absent du programme gouvernemental de 2009. Aussi bien face à l'opinion publique que face à la Cour européenne, il sera difficile de nier que les allocations familiales qui diminuent et les aides étudiantes qui augmentent représentent des vases communicants, aux dépens des frontaliers. Présenter alors le Luxembourg

Sicherlich werden wir Menschen ansprechen, die bisher links-alternativ gewählt haben; andererseits ziehen wir mit unseren bürgerrechtlichen Positionen auch Menschen aus dem DP-Lager an. Was dann dem links-grünen Spektrum zugute käme. Anmerken will ich aber, dass die Piratenpartei sich keiner Zusammenarbeit mit den links-grünen Parteien verschließen wird.

comme Européen modèle du simple fait que ses bourses sont exportables, frise le ridicule - puisque cela est motivé en premier lieu par l'insuffisance notoire des structures universitaires nationales. Et fustiger la Belgique pour son numerus clausus dans la filière de kinésithérapie et ses places de parking gratuites pour étudiants bruxellois apparaîtra comme un encouragement aux nationalistes et comme une ineptie à tous les autres.

Il faut souligner qu'à part quelques dérapages, Juncker a opéré avec finesse, en confessant par exemple qu'il avait un « problème émotionnel » par rapport au sentiment d'injustice causé par les mesures gouvernementales.

Cela change de sa prestation maladroite voire rustre d'avant les vacances d'été. Le camp syndical, dont le soutien populaire a peut-être été ébranlé par la manoeuvre « boursière », aura intérêt à se méfier d'un chef de gouvernement capable de retourner l'opinion publique quand il est au mieux de sa forme.